Alles was Recht ist

Kein Titel

Wer sein Zahnmedizinstudium oder ein Medizinstudium abschließt hat schon einiges erreicht. Wer dann noch eine Promotion dranhängt, darf dann ganz offiziell den Dokortitel im Namen führen. In Deutschland ist das so. Um vor Irreführung und Täuschung durch Hochschulgrade sicher zu sein, dürfen Titel nur in der (ausländischen) Form geführt werden, in der er erworben wurde. Nun klagte allerdings ein Arzt vor dem Verwaltungsgericht Mainz, der in den 80er Jahren in Belgien sein Medizinstudium mit dem Grad "Docteur en Médecine, Chirurgie et Accouchements" abgeschlossen hatte, gegen die Ärztekammer Rheinland-Pfalz. Er verlangte die Feststellung, dass er zur Verwendung des deutschen Dokortitels der Medizin berechtigt sei. In Belgien sei die Abkürzung „Dr.“ für den von ihm erreichten Studienabschluss üblich. Das VG sah das jedoch anders. Weil in Belgien für den Abschluss „Docteur en Médecine, Chirurgie et Accouchements“ die Abkürzung "Dr.“ weder rechtlich zugelassen noch nachweislich allgemein üblich sei, dürfe sie auch nicht in Rheinland-Pfalz verwendet werden. Der echte „Dr.“ dürfe nach Durchlaufen des Promotionsverfahrens in Deutschland oder im EU-Ausland geführt werden, nicht aber aufgrund des bloßen Abschlusses des Medizinstudiums, urteilen die Verwaltungsrichter.

Az. 3 K 1538/15.MZ

sas

Kein Streik

Eigentlich ist es eine klare Sache: Das Grundgesetz gilt für alle – auch für Vertrags(zahn)ärzte. Und so müsste das dort verankerte Streikrecht auch für einen niedergelassenen Allgemeinmediziner gelten. Doch weit gefehlt. Das Bundessozialgericht (BSG) in Kassel entschied jüngst, dass Vertragsärzte und Vertragszahnärzte während der Sprechzeiten die Praxis nicht schließen dürfen, um an einem Warnstreik teilzunehmen. Im vorliegenden Fall hatte ein Allgemeinmediziner aus Baden-Württemberg geklagt, der 2012 für zwei Tage seine Praxis geschlossen hatte, um an einem Warnstreik teilzunehmen. Daraufhin erteilte ihm die Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Baden-Württemberg einen Verweis als Disziplinarmaßnahme. Der Kläger berief sich vor dem BSG auf das im Grundgesetz und in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerte Streikrecht. Das BSG wies die Klage zurück, weil derartige „Kampfmaßnahmen“ gegen gesetzliche Krankenkassen und Kassenärztliche Vereinigungen mit der gesetzlichen Konzeption des Vertragsarztrechts unvereinbar seien. Während der angegebenen Sprechzeiten müssen demnach Vertragsärzte ihrer Präsenzpflcht nachkommen und die vertragsärztliche Versorgung der Patienten sicherstellen. Da die KVen für die Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung verantwortlich sind, seien Vertragsärzte durch ihre KV-Mitgliedschaft in den Sicherstellungsauftrag eingebunden, heißt es im Urteil. Der Arzt aus Baden-Württemberg kündigte umgehend Verfassungsbeschwerde an.

Az. B 6 KA 38/15 R

sas/cas

Hier steht eine Anzeige.